

Fragen und Antworten

Eurostabilisierung mit Vernunft



Die FDP ist Europapartei. Nur ein vereintes und starkes Europa bringt Deutschland im internationalen Wettbewerb ganz nach vorne. Die Zukunft der europäischen Staatengemeinschaft hängt entscheidend von der finanziellen Stabilität der Euro-Zone ab.

Rot-Grün hat 2004 die klaren Stabilitätskriterien verantwortungslos aufgeweicht. Die Folge erleben wir jetzt: die Staatsschuldenkrise Griechenlands. Wir wollen daher ein klares, ordnungspolitisches Wertefundament für Europa.

Sind die Populismuskritiken gegenüber der FDP gerechtfertigt?

Der Vorwurf des Populismus ist ein **Trick der Opposition**, eine sachliche Debatte um die Zukunft Europas zu umgehen.

So will Rot-Grün von der eigenen Verantwortung für den Bruch des Stabilitätspakts 2004 und von der heutigen Konzeptlosigkeit ablenken. Als liberaler Bundeswirtschaftsminister ist **Philipp Rösler das ordnungspolitische Gewissen der Bundesregierung**. Deshalb ist es seine Pflicht, **vor wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen zu warnen**. Rösler hat sich dabei eng an die bereits bestehenden Beschlüsse des Bundestages und der FDP gehalten. **16 führende Wirtschaftsprofessoren haben seinen Kurs in einer gemeinsamen Erklärung unterstützt**. Darunter sind die Chefberater von Wolfgang Schäuble und Peer Steinbrück. Sie haben auch den Vorwurf entkräftet, Philipp Rösler habe Unruhe an den Finanzmärkten verursacht. Tatsächlich gab es lediglich normale Kursschwankungen.

Was muss Griechenland bereit sein zu leisten?

Wir wollen die Währungsunion erhalten und Griechenland stabilisieren. Das dient deutschen Interessen. Nothilfe und Solidarität in Europa kann es aber nur gegen Gegenleistung geben. Zentrale Forderungen sind daher: **Sozialreformen, mehr Wettbewerbsfähigkeit, Privatisierung von Staatsbeteiligungen an der Industrie** und ein **funktionierendes Steuersystem**. Diese Maßnahmen würden da-

zu beitragen, dass Griechenland eine mittel- bis langfristige Perspektive auf Rückkehr an den Kapitalmarkt erhält. Eine **Neustrukturierung der Staatsschulden unter Beteiligung privater Gläubiger** ist darüber hinaus erforderlich und bereits vereinbart.

Was, wenn die Anstrengungen Griechenlands zu gering ausfallen?

Niemand wünscht sich das. Falls die griechische Regierung ihre Ziele aber nicht erreicht und dies die Troika aus IWF, EU-Kommission und EZB feststellt, können Notkredite nicht ausgezahlt werden. Dann müsste die griechische Regierung souverän über Schritte entscheiden. Dies hat der Bundeswirtschaftsminister unterstrichen. **Eine Option wäre dann der Weg einer geordneten Umschuldung**. Da die Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt werden soll, spricht man auch von „Resolvenz“. Es ist **verantwortlich, diese Szenarien jetzt zu konkretisieren**.

Was bringt eine mögliche „Resolvenz“ Griechenlands?

Zweck der Resolvenz wäre, die **Funktionsfähigkeit des hoch verschuldeten Staates wieder herzustellen**, nötigenfalls auch durch eine vorübergehende Einschränkung von Souveränitätsrechten. Sollte es zu einem Resolvenzverfahren kommen, muss es von einem unabhängigen Gremium durchgeführt werden, das dann – vergleichbar mit dem IWF – handeln würde. Wichtige Elemente wären **objektive Regeln** für das Feststellen der



Schuldentragfähigkeit, eine **deutliche Gesundheitsperspektive** für die betroffene Volkswirtschaft durch ein **zügiges Sanierungsprogramm** und eine **automatische Laufzeitverlängerung der Staatsschulden**.

Was sind EFSF und ESM?

Der EFSF wurde 2010 geschaffen und ist **Bestandteil des Euro-Rettungsschirms**. Er ist ein Provisorium, bis 2013 der ESM eingerichtet ist. Mit Krediten von bis zu 440 Milliarden Euro **stützt er hochverschuldete Euro-Mitgliedsstaaten**, begrenzt so genannte Ansteckungsgefahren und kann notfalls auch Banken refinanzieren. Künftig soll der EFSF auch Anleihen eines Mitgliedsstaates kaufen können. **Ab Mitte 2013 wird der ESM den EFSF ablösen**. Damit wird ein permanenter Krisenmechanismus eingerichtet. Wenn die notwendigen Instrumente zur Verfügung stehen, wird der **ESM eine geordnete Insolvenz von überschuldeten Staaten ermöglichen**. Das ist die zwingend vorgeschriebene Bedingung, die mit der Einführung des ESM vorgesehen ist und die **gemeinsame Haltung der Bundesregierung**.

Was hat die FDP bisher durchgesetzt?

Wir konnten die **Beteiligung privater Gläubiger, wie z. B. Banken und Versicherungen, erreichen**. Finanzminister Wolfgang Schäuble unterstützt die liberale Forderung nach Beteiligung von Gläubigern. Ein weiterer Erfolg ist, dass nun **finanzielle Hilfen die einstimmige Entscheidung aller beteiligten Mitgliedsstaaten** erfordern – das schützt den deutschen Steuerzahler. Wir haben auch durchgesetzt, dass Entscheidungen zur Euro-Stabilisierung nicht am Bundestag vorbei getroffen werden dürfen. Damit haben wir das **Haushaltsrecht des Parlaments gestärkt**. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Position bestätigt. Wir haben die Pläne von Rot-Grün, **Eurobonds einzuführen, verhindert**. Das höchste deutsche Gericht bestätigte auch in diesem Punkt unsere Linie und erklärte Eurobonds für verfassungswidrig. Somit haben wir verhindert, dass ein stabiles Land

wie Deutschland für die Schulden anderer Länder haftet.

Was können wir in Deutschland für einen stabilen Euro tun?

Wir halten an der **Konsolidierung des Haushalts fest**: Wir zeigen konsequente **Disziplin auf der Ausgabenseite** und halten die Schuldenbremse weiterhin strikt ein. Sobald sich dabei neue Spielräume ergeben, werden wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – kleinere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten und so das Wachstum stabilisieren.

Welche Ziele verfolgt die FDP auf europäischer Ebene?

Wir stehen zu Europa. Es kommt jetzt darauf an, einem einengenden Zentralismus ein **föderales Europa der Menschen, der Werte und der Regeln** entgegenzusetzen. Was Europa jetzt braucht, ist ein neue Stabilitätskultur. Denn Europa und die Währungsunion dürfen nicht gefährdet werden. Wir Liberalen wollen ein **Europa des Wettbewerbs und des nachhaltigen Wirtschaftswachstums** statt eines Zinssozialismus. **Strikte Haushaltsdisziplin** muss oberstes Ziel aller Mitgliedsstaaten sein. Nationale **Schuldenbremsen, verbindliche Regeln und ein automatischer Sanktionsmechanismus** sollen dazu die Konsolidierung der Länder begleiten. Wir wollen also eine Wirtschaftsverfassung nach dem Modell der **Sozialen Marktwirtschaft** statt eine Wirtschaftsregierung, die administrative Detailsteuerung anstrebt.

Wir wollen ein Europa der **Integration in Freiheit und Toleranz**. Wir wollen ein Europa der **wirtschaftlichen Vernunft**. Wir wollen einen starken **gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Dafür setzen wir uns ein.

Argumentationshilfen zu weiteren Themen finden Sie unter www.fdp.de/argumente